

SEITE 6
FAHRZEUGMARKT

Appenzeller Zeitung

www.appenzellerzeitung.ch

Dinge, die ausgedient haben

1990 Statussymbol, heute verschwunden: Der Walkman liegt wie der Kassettenrekorder oder die Kugelkopfmachine auf dem Friedhof der Alltagsdinge. ► **FOCUS 22**

China und der Apfel

Der Apple-Kult greift in China um sich – auch, weil Chef Tim Cook das Land bereist. ► **WIRTSCHAFT 9**

Kritik an Filmfestival

Filmschaffende protestieren gegen die Carte blanche für Israel am Filmfestival Locarno. ► **FOCUS 22**

APPENZELLERLAND

APPENZELLERLAND

Geschichte lebendig präsentiert ► **29**

HASLEN/TROGEN

2 gegen 48: Nominiert als schönstes Dorf ► **31**

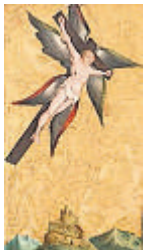
APPENZELLERLAND

Weltreisende berichten aus Bolivien ► **32**

FUSSBALL

FC Bühler: Cup-Titel verteidigt ► **33**

OSTSCHWEIZER KULTUR



Überlingen zeigt Mystik am Bodensee. ► **23**

Salzkorn

Der Lauf der Weltgeschichte ist manchmal verschlungen. Plötzlich spült sie Orte in den Mittelpunkt des Interesses, von denen niemand geahnt hätte, dass sie jemals in aller Munde sein könnten. Waterloo, die belgische Kleinstadt südlich von Brüssel, ist so ein Beispiel. Seit Napoleons Truppen dort am 18. Juni vor 200 Jahren auf dem Schlachtfeld geschlagen wurden und diese Schmach tief ins kollektive Gedächtnis der Franzosen sickerte, ist der Ort zum Sinnbild für vernichtende Niederlagen geworden. So erlitt Brasilien «sein Waterloo» beim 1:7 gegen Deutschland an der Fussball-WM im eigenen Land. Oder die Schweiz erlebte «ihr Waterloo» jahrelang beim Eurovision Song Contest, als es meist von neuem hiess: «Zero points».

Doch Worte und Redewendungen haben ihre begrenzte Zeit. Irgendwann dreht sich das Rad der Geschichte weiter und bringt neue Bezeichnungen. So ist gemäss unbestätigten Informationen bei der FDP neuerdings nur noch von «unserem Kasachstan» die Rede, wenn etwas gründlich misslingt. J.A.

carrosserie
pfister ag
herisau
VSC
EUROGARANT
Rhino Linings

www.pfister-ag.ch
info@pfister-ag.ch
Tel. 071 352 26 26

Burson-Marsteller plante weitere Reise nach Kasachstan

JÜRG ACKERMANN

BERN. Die Kasachstan-Affäre zieht weitere Kreise. In ungewöhnlich deutlichen Worten hat sich FDP-Präsident Philipp Müller übers Wochenende vom Vorgehen von Parteikollegin Christa Markwalder distanziert. Seiner Meinung nach habe die Berner Nationalrätin mit der Weitergabe von Kommissionsinformationen an eine Lobbyistin das Kommissionsgeheimnis verletzt. Die FDP werde den Fall ohne Rücksicht auf Einzelne klären. Damit gerät Markwalder zunehmend in

die Defensive. Auch innerhalb der FDP werden nun Stimmen laut, die im Falle einer Anzeige Markwalders Wahl fürs Nationalratspräsidium in Gefahr sehen.

Auch Friedl erhielt Anfrage

Auch zum Vorgehen von Burson-Marsteller kommen neue Details ans Licht. Offenbar versuchte die PR-Agentur nicht nur bürgerliche Politiker zu einer Reise nach Kasachstan zu bewegen. Die St.Galler SP-Nationalrätin Claudia Friedl (SG) bestätigte gestern auf Anfrage, dass sie als Mitglied der Aussenpoliti-

schen Kommission ebenfalls eine Einladung erhielt. «Nach einer kurzen Recherche im Internet war für mich aber schnell klar, dass das für mich nicht in Frage kommt.» Zudem habe sie keine befriedigende Antwort auf die Frage erhalten, wer die Reise bezahle, sagt Friedl.

Ein E-Mail von Baumann

Klar ist nun auch: Es war eine zweite Reise ins Land des umstrittenen Autokraten Nursultan Nasarbajew geplant, nachdem Burson-Marsteller-Mitarbeiterin Marie-Louise Baumann zusam-

men mit Walter Müller (FDP/SG) und SVP-Politiker Christian Miesch im Mai 2014 nach Kasachstan geflogen war. Wie Recherchen unserer Zeitung zeigen, schrieb Baumann im Sommer 2014 verschiedene Aussenpolitiker an, mit dem Hinweis, Burson-Marsteller organisiere im Herbst eine weitere Parlamentarier-Reise nach Astana. Matthias Graf, der CEO von Burson-Marsteller, wollte sich auf Anfrage nicht zu Details äussern. Er dementierte jedoch, dass eine zweite Reise nach Kasachstan stattgefunden habe. ► **SCHWEIZ 3**

Schweizer Meister Der FC Basel feiert zum sechsten Mal in Folge



Bild: ky/Georgios Kefalas

Schon lange hat es sich abgezeichnet, dennoch wurde es gestern ausgiebig zelebriert: Der FC Basel ist Meister, wie seit 2010 jedes Jahr. Nach dem 0:0 gegen die Young Boys ström-

ten Tausende Anhänger des Clubs auf den Barfüsserplatz, wo sich das Team feiern liess. St. Gallen hingegen bleibt im Tief: Gegen die Grasshoppers setzt es ein 0:2 ab. ► **SPORT 13**

Massenprotest gegen mazedonische Regierung

SKOPJE. Zehntausende Menschen haben gestern in der mazedonischen Hauptstadt Skopje den Rücktritt der Regierung gefordert. Sie warfen dem seit 2006 zunehmend autoritär regierenden Ministerpräsidenten Nikola Gruevski vor, tief in Korruption und Kriminalität verstrickt zu sein.

Die aus dem ganzen Land trotz vieler von der Regierung veranlasster Blockaden angereisten Bürger trugen mit einer dicken roten Linie durchgestri-

chene Gruevski-Porträts mit sich. «Entweder Gruevski oder Mazedonien», beschrieben Redner die Lage. Schon am frühen Morgen zogen die Protestierenden in kilometerlangen Schlangen ins Zentrum. Sie wurden von der Opposition sowie Studenten- und Schülerverbänden angeführt. «Mazedonier, Albaner, Türken, Roma – alle sind vereint mit dem Ziel des Regierungsrücktritts», schrieb das unabhängige Internetportal Libertas. (dpa) ► **AUSLAND 5**

Literaturtage mit 15 000 Besuchern

SOLOTHURN. Mit einem Gespräch zwischen Bundesrat Alain Berset und Autor Lukas Bärfuss sind gestern die 37. Solothurner Literaturtage zu Ende gegangen. Vor insgesamt 15 000 Besucherinnen und Besuchern hatten zuvor unter anderen Ralf Rothmann, Ruth Schweikert, Lukas Hartmann und Pedro Lenz gelesen. In vier spannenden Podien wurde über Ängste und Verunsicherungen in der Gesellschaft debattiert – und erörtert, was die Literatur mit den Konflikten dieser Welt zu schaffen hat. (red.) ► **FOCUS 21**

EHEMALIGE POLITIKER

Was macht eigentlich...?

Als Nationalrätin war die Sozialdemokratin Hildegard Fässler Fraktionschefin und sogar Bundesratskandidatin. Vor zwei Jahren ist sie aus dem Nationalrat zurückgetreten. So ganz ohne Politik lebt Hildegard Fässler heute trotzdem nicht. Sie präsidiert die SP Grabs und verfolgt immer noch



interessiert das Geschehen in Bern, vor allem während der Sessions. «Ein paar andere Dinge mache ich auch noch.» Sie sitzt im Universitätsrat der HSG, ist Präsidentin des Hausvereins Schweiz und Mitglied im Club Helvétique. Und sie rennt noch. Bald den Chicago Marathon. (red.) ► **OSTSCHWEIZ 15**



«Die Schweiz tut zu wenig für Kinderlose»

Wie weit darf die Fortpflanzungsmedizin gehen? Diese Frage steht bei der Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik im Zentrum. Ärzte wie **Felix Häberlin** befürchten, dass bei einem Nein ein ganzer medizinischer Fachbereich ins Ausland ausgelagert würde.

JÜRGEN ACKERMANN

Herr Häberlin, die Gegner der Präimplantationsdiagnostik (PID) sagen, diese öffne Tür und Tor für Missbräuche. Sind wir auf dem Weg zum designten Kind?

Felix Häberlin: Solche Argumente sprechen das Bauchgefühl an. Sie sind pure Stimmungsmache und in keiner Weise eine reale Gefahr. Das Gesetz spricht Klartext: An Keimzellen und Embryonen ausserhalb des Mutterleibs darf man

14. Juni ABSTIMMUNG Präimplantationsdiagnostik

nichts verändern, wenn kein medizinischer Grund vorliegt. Wer dagegen verstösst, wird bestraft. Daran ändert sich auch bei einem Ja zur Vorlage nichts.

Aber wer die Möglichkeiten hat, wird sie eines Tages auch nutzen. Wie in den USA, wo Eltern bei einer künstlichen Befruchtung das Geschlecht oder die Augenfarbe ihrer Kinder bestimmen können.

Häberlin: Das sind zweifellos Fragen, die auf uns zukommen. Die Anwendung der technischen Möglichkeiten wird aber in allen westlichen Ländern durch die Gesetze geregelt und begrenzt. In der Schweizer Reproduktionsmedizin gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die in der Verfassung enthaltenen Verbote wie die Geschlechtswahl vernünftig sind. Nicht die technische Möglichkeit zu einem Verfahren ist das Problem, sondern der Umgang damit.

Warum sind Sie für eine liberale Gesetzgebung bei der PID?

Häberlin: Obwohl die PID auch in Zukunft eher selten angewendet werden wird, vermag sie bei schweren Erbkrankheiten die Übertragung des krankmachenden Gens auf das Kind zu umgehen. Zudem ist sie ein Hoffnungsträger für Paare über 38 Jahre, die auf natürlichem Wege keine Kinder erhalten und auf die künstliche Befruchtung angewiesen sind.

Warum?
Häberlin: Heute haben wir eine sehr strikte Regelung. Es dürfen

nur drei Eizellen auf einmal ausserhalb des Mutterleibes entwickelt werden. Und wir dürfen – im Gegensatz zu Ländern mit einer liberaleren Gesetzgebung – diese entwickelten Keime nicht untersuchen. Das heisst, wir setzen Embryonen in den Mutterleib ein, von denen wir wissen könnten, dass sie wegen schwerer Chromosomenschäden nie lebensfähig sein werden.

Kommen diese Defekte oft vor?

Häberlin: Die Natur arbeitet mit relativ grossen Verlusten. Bei einer Frau um 40 führt im Schnitt nur noch eine von zwölf Eizellen zur Geburt eines Kindes. Neu könnten wir pro Zyklus zwölf Eizellen auf einmal befruchten und herausfinden, welche Keime lebensfähig sind. Die Erfolgschancen auf eine ungestörte

Die Chancen auf eine ungestörte Schwangerschaft würden stark steigen.

Schwangerschaft würden dadurch steigen. Die vom Parlament vorgeschlagene Änderung des Verfassungsartikels wäre hier ein grosser Fortschritt.

Was ist die medizinische Konsequenz, dass Sie als Arzt keine PID machen können?

Häberlin: Wir haben bei der künstlichen Befruchtung bei Frauen nach 38 überdurchschnittlich viele Fehlgeburten, was für diese eine starke psychologische Belastung ist. Andererseits werden in der Schweiz nach dem System «Versuch und Irrtum» oft gleichzeitig zwei bis drei Embryonen eingesetzt, um die Chance auf eine Schwangerschaft zu erhöhen. Das wiederum führt dazu, dass nach künstlicher Befruchtung in fast 20 Prozent der Fälle Zwillingsgeburten entstehen – fünfzehnmal mehr als von der Natur vorgesehen und verbunden mit den entsprechenden gesundheitlichen Risiken für Frau und Kind.

Behindertenverbände befürchten, Menschen mit einer Einschränkung



Bild: Michel Canonica

Felix Häberlin leitet die Kinderwunschklinik Fiore in St. Gallen, die grösste ihrer Art in der Ostschweiz.

würden an den Rand gedrängt, wenn Paare Behinderungen bei Embryonen abwählen können.

Häberlin: In der Verfassung steht, dass Minderheiten geschützt werden sollen. Dazu gehören behinderte Menschen, aber auch Paare, die auf natürlichem Weg keine Kinder erhalten können. Ich finde es nicht richtig, dass das Anliegen einer Minderheit mit dem Anliegen einer anderen Minderheit ausgespielt wird. Man kann behinderte Menschen anders unterstützen, als wenn man kinderlosen Paaren den Zugang zu medizinischen Leistungen verbaut. Die Behinderten

werden dadurch nicht besser gestellt.

Macht die Schweiz Ihrer Meinung nach zu wenig für kinderlose Paare?

Häberlin: Ja, ich finde schon. In der Schweiz werden die unfruchtbaren Paare finanziell ungenügend unterstützt. Eine normale IVF-Behandlung kostet bei uns zwischen 4000 bis 9000 Franken pro Zyklus, wobei es für eine Schwangerschaft oft mehrere Zyklen braucht. In Israel beispielsweise bezahlt der Staat die ganze Behandlung. In Deutschland übernimmt das Gemeinwesen 50 Prozent der Kosten.

Die meisten Länder in Europa erlauben die PID. Welche Konsequenz hat das für Sie als Fortpflanzungsmediziner?

Häberlin: In Europa gibt es nur die Schweiz und Litauen, die noch eine derart restriktive Regelung kennen. Das führt dazu, dass es einen «Fruchtbarkeits-tourismus» gibt, der vor allem nach Spanien, Belgien oder nach Tschechien geht. Bei einem Nein am 14. Juni würden zunehmend auch die einfachen Standardbehandlungen im Ausland gemacht, weil die Erfolgsquote höher ist und weniger Hormontherapien benötigt werden, bis

eine Frau schwanger wird. Der Stimmbürger würde mit dem Entscheid einen ganzen medizinischen Fachbereich ins benachbarte Ausland auslagern.

Wenn das gesunde Kind zur Normalität wird, droht doch aber die Gefahr, dass Behinderte tatsächlich marginalisiert werden.

Häberlin: Das ist einfach eine Behauptung der Gegner. Wenn es so wäre, müssten behinderte Menschen in Ländern, wo die PID erlaubt ist, ja deutlich schlechtergestellt sein. Darüber gibt es meines Wissens keinerlei Studien. Zudem ist der Traum vom absolut gesunden Menschen unrealistisch. Davon sind wir bei allem medizinischen Fortschritt weit entfernt. Schwangerschaft und Geburt bleiben immer auch ein Risiko.

Diese Begrifflichkeit erinnert an das Dritte Reich. Sie ist unverhältnismässig.

Auch der Bundesrat, der die PID weniger stark liberalisieren will als das Parlament, sprach von der Gefahr von gewissen «eugenischen Tendenzen».

Häberlin: Diese Begrifflichkeit erinnert an das Dritte Reich. Ich empfinde sie als unverhältnismässig. Immerhin entschied sich unsere Bevölkerung für die Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch. Auch die Pränataldiagnostik kann ohne weiteres im dritten Schwangerschaftsmonat auf Wunsch der Eltern durchgeführt werden.

Mit welchen Folgen?
Häberlin: Liegt eine schwere Behinderung oder eine Trisomie 21 vor, ist ein Schwangerschaftsabbruch straffrei möglich. Bei Frauen über 35 werden diese Tests sogar von der Krankenkasse bezahlt. Bei der künstlichen Befruchtung, bevor also die Eizelle in den Mutterleib eingepflanzt wird, soll ein solcher Test nun nicht möglich sein, obwohl es weniger schwerwiegende Konsequenzen hat – das macht keinen Sinn.

Unklare Rolle bei Kasachstan-Reise

FDP-Nationalrat Walter Müller stellt sich auf den Standpunkt, er sei mit der parlamentarischen Freundschaftsgruppe in Kasachstan gewesen. Diese distanziert sich aber von der Reise.

ROGER BRAUN

BERN. Die Rolle der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Kasachstan bei der Organisation der umstrittenen Kasachstan-Reise ist verworren. Der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller beteuert, dass er davon ausging, im Rahmen dieser parlamentarischen Gruppe nach Astana zu reisen und nichts davon wusste, dass hinter der Reise eine PR-Firma mit einem Mandat aus Kasachstan steckte. Interessant ist allerdings, dass die parlamentarische Gruppe Schweiz-Kasachstan nichts mit der Reise zu tun haben will. Deren Co-Präsident und CVP-Ständerat Filippo Lombardi wie auch der Sekretär der Gruppe, SVP-Nationalrat Christian Miesch, lehnen sämtliche Verantwortung der parlamentarischen Gruppe ab. Filippo Lombardi sagt: «Die Freundschaftsgruppe Schweiz-Kasach-

stan wurde damals weder konsultiert noch in irgendeiner Form in die Organisation der Reise miteinbezogen.» Christian Miesch sagt: «Marie-Louise Baumann von Burson-Marsteller hat die Reise organisiert; ich habe lediglich die Mitglieder der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Kasachstan angefragt, ob sie daran teilnehmen wollen.»

Schweizer Botschafter half mit

Die Kasachstan-Reise als Sololauf von Marie-Louise Baumann? Bei Walter Müller hinterliess diese Einladung gemäss eigenen Aussagen einen ganz anderen Eindruck. «Ich war sowohl bei der Einladung als auch auf der Reise selbst der Überzeugung, dass wir diese Reise als parlamentarische Gruppe unternehmen.» Miesch habe ihn als Sekretär der Gruppe persönlich in der Wandelhalle auf die Reise eingeladen und später telefo-

nisch nachgehakt. Für ihn habe die Reise immer den offiziellen Charakter einer parlamentarischen Reise der Freundschaftsgruppe gehabt. «Sowohl Christian Miesch als auch ich wurden bei Treffen in Kasachstan in dieser Funktion vorgestellt.» Auch habe der Schweizer Botschafter in Kasachstan bei der Vorbereitung und Programmgestaltung mitgeholfen und zum Teil aktiv daran teilgenommen. Müller stellt nicht in Abrede, dass Ma-



Bild: Michel Canonica

Walter Müller
St. Galler FDP-Nationalrat

rie-Louise Baumann auf der Reise als Organisatorin aufgetreten sei und schon früher bei Veranstaltungen zu Kasachstan anwesend war. «Ich dachte aber, sie mache das ehrenamtlich aus ideellen Motiven für die parlamentarische Gruppe.» Dass sie ein bezahltes Mandat einer kasachischen Partei haben könnte, habe er sich nie überlegt.

Nur selten mit Lobbyisten

Baumann ist wohl bekannt im Bundesparlament. Sie gilt als eine der bestvernetzten Lobbyisten und ist regelmässig in der Wandelhalle anzutreffen. Wie konnte es sein, dass Müller in ihr eine ehrenamtlich arbeitende Frau sah? «Im Nachhinein muss ich klar sagen, dass ich zu unkritisch war», räumt Müller ein. Er lasse sich nur selten mit Lobbyisten ein und habe darum keine Kenntnis gehabt, welche Mandate Baumann wahrnehme.

FDP-Chef Müller geht auf Distanz zu Markwalder

BERN. Die Aussenpolitische Kommission (APK) wird über eine Strafanzeige gegen Christa Markwalder diskutieren. Dabei geht es um Amtsgeheimnisverletzung. APK-Präsident Carlo Sommaruga (SP/GE) bestätigte Berichte der «SonntagsZeitung» und der «NZZ am Sonntag». Im Zentrum stehe die Weitergabe von Informationen an eine Lobbyistin. Die Folge könnte eine Untersuchung durch die Bundesanwaltschaft und ein Verfahren zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität sein.

Für FDP-Präsident Philipp Müller, der bisher stets auf die Unschuldsumutung verwiesen hatte, ist die Sache klar: Für ihn hat Parteikollegin Christa Markwalder das Kommissionsgeheimnis verletzt. Es gehe für den Geheimnisverrat nicht darum, welchen Stellenwert die weitergeleiteten Informationen hätten. Jede Unterlage falle unter das Kommissionsgeheimnis, sagte Müller gegenüber Radio SRF.

Ob Markwalder wie geplant im kommenden Winter Nationalratspräsidentin werden soll, liess Müller offen. Das entscheide der Nationalrat und dabei habe wiederum der Entscheid des Ratsbüros einen Einfluss. Zur Reise von Walter Müller nach Kasachstan sagte der FDP-Chef, Müller räume den Fehler selbst ein. Dass gerade die erfahrenen Politiker Markwalder und Müller in die Kasachstan-Affäre gerieten, erstaune ihn. Die FDP werde die beiden Fälle ohne Rücksicht auf Einzelne klären. Das Volk habe den Eindruck, im Parlament werde gemauschelt. Diese Wahrnehmung müsse ausgeräumt werden, sagte Müller.

Derweil halten Forderungen nach mehr Transparenz im Parlament Auftrieb. Wie die Ostschweiz am Sonntag berichtete, planen SVP-Nationalrat Lukas Reimann und Ständerat Thomas Minder, den Lobbyismus mit einer gemeinsamen Initiative zu begrenzen. (sda)